

mit den friedlichen Interessen der Arbeiterklasse Westdeutschlands und der sozialdemokratischen Mitglieder unvereinbar ist. Sozialdemokratische Mitglieder in Berlin haben die Frage gestellt: Was ist eigentlich die Perspektive? — In der Sozialdemokratie gibt es in dieser Frage zwei Standpunkte. Westberliner sozialdemokratische Funktionäre haben erklärt: Es gibt nur einen Weg, das ist der Weg der Verhandlungen und der Verständigung der Bonner Regierung, der SPD-Führung und des Westberliner Senats mit der Regierung der DDR. Einen anderen Weg gibt es nicht. — Diese sozialdemokratischen Funktionäre Westberlins verstehen sehr gut die Lektion, die Genosse Chruschtschow in Paris gegeben hat. Eine friedliche Lösung der Frage Westberlin ist nur möglich, wenn Schritt für Schritt eine Entspannung herbeigeführt wird.

Wenn die rechten sozialdemokratischen Führer Herrn Adenauer ermutigen, gegen¹ die Politik der Entspannung zu kämpfen, dann bedeutet das, daß die Westberlin-Frage durch einen Friedensvertrag gelöst werden muß. Das kann die Entstehung eines Konfliktes bedeuten. Aber dieser Konflikt bringt weniger Gefahren als das Weiterbestehen der Herde des Krieges. Wir verschweigen gar nicht, daß der Weg der friedlichen Lösung der Westberlin-Frage in jedem Falle bis zu Ende gegangen wird. Es braucht niemand in Westberlin zu frohlocken, daß sie jetzt acht Monate gewonnen haben. Wenn diese acht Monate für die Entspannung und die Zurückdrängung der militaristisch-revanchistischen Kräfte ausgenutzt werden, dann sind acht Monate eine nützliche Zeit. Wenn sie aber — wie Brandt sagt — zur Versteifung der Lage benutzt werden, so ist das gefährlich. Am Ende wird doch ein Friedensvertrag abgeschlossen werden. Dabei gehen, alle Rechte an die Regierung der DDR über, und wir werden die Kontrolle so durchführen, wie das der völkerrechtlichen Ordnung entspricht. Über die Frage der Kontrolle der Zugänge nach Westberlin gibt es überhaupt keine Differenzen. Die üben wir jetzt aus, und die werden wir in Zukunft genauso ausüben. Differenzen gibt es nur über die Kontrolle der Militärtransporte und des übrigen Verkehrs der Westmächte nach Westberlin. Diese Kontrolle werden wir dann übernehmen — zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Es steht die Frage: Wie denkt denn nun die SPD-Führung? Was hat sie für eine Perspektive? Die SPD-Führung hat ihre Perspektive einige Male korrigiert, Ihre ursprüngliche Perspektive bestand darin, daß sie zusammen mit der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie den Kampf gegen die DDR führen wollte und auch führt und den Eindruck zu erwecken suchte, daß es einen dritten Weg zur Verständigung gäbe mit dem Ergebnis, daß dann in Deutschland die SPD und nicht der westdeutsche Imperialismus herrschen werde. Aber das war nur für den Betrug der Bevölkerung gedacht, denn die SPD hat doch in Westdeutschland gar nichts zu sagen. Die Staatsmacht liegt in den Händen der Adenauer-Regierung, und die Militaristen haben ihre Positionen verstärkt. Die SPD hat nun jetzt ihre Perspektive in der Weise korrigiert, indem sie erklärte, daß sie nicht mehr an einen besonderen dritten Weg glaube, sondern mit Adenauer zusammen Außenpolitik machen, das heißt, gemeinsam mit Adenauer gegen den Sozialismus, gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR kämpfen wolle, in der Hoffnung, dann — sozusagen aus Dankbarkeit — vom Hause Adenauer eine Reihe Beamtenpositionen zu bekommen.

Ist es nicht an der Zeit, daß wir mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären offen und ehrlich über diese sogenannte Perspektive der rechten SPD-Führer diskutieren? Wenn wir nicht offen mit ihnen sprechen, ihnen sagen, was die rechten Führer beabsichtigen, können sie sich* doch keine Klarheit verschaffen, wie es weitergehen soll. Ich entwickle hier meine Gedanken aus dem Stegreif. Es ist doch notwendig, auf der Delegiertenkonferenz in der Hauptstadt der DDR diese Probleme zu stellen, damit die Delegierten